

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
loftet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspalt über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni. Ueber die Landgemeindefürsorge für Schleswig-Holstein hat nach den Ferien noch einmal im Herrenhause eine Schlussberatung stattgefunden. Da das Gesetz in zweiter Lesung, allerdings auch in schwach besuchter Sitzung, nur mit einer Mehrheit von sieben Stimmen angenommen worden ist, so werden Regierung und die liberalen Mitglieder des Herrenhauses gut thun, sich vor einer neuen Ueberumpelung mit ernstlichen Folgen in Acht zu nehmen. Das Ueberraschende ist, daß die Gegner der Landgemeindefürsorge verflüchtigt durch Solche, die im vorigen Jahre entweder gestimmt oder gar für die Vorlage gestimmt haben. Die „Krenzig.“ kündigt aber bereits einen neuen Sturm auf gegen den Minister des Innern an. Die allgemeine Uebereinstimmung gegen eine weitere Ausdehnung der Landgemeindefürsorge seien in konservativen Kreisen entschieden gewachsen und die konservative Partei könne nicht darauf verzichten, diese ihre Bedenken im Parlament zum Ausdruck zu bringen. Die Sache ist, daß die stark in Unordnung gerathene konservative Partei besonderen Anlaß hat, ein Zeichen ihrer Selbstständigkeit nach außen und auch nach oben hin zu geben, und man hat dazu die Beratung der Landgemeindefürsorge für Schleswig-Holstein ganz besonders für geeignet, weil sich dabei zugleich die Gelegenheit bietet, dem verhassten Minister des Innern ein Bein zu stellen. Es ist eine ganz auffällige Thatsache, daß von den 33, die gegen die Landgemeindefürsorge für Schleswig-Holstein gestimmt haben, sechs, nämlich der Führer zu Venthheim-Tecklenburg, Frhr. v. Bodenhausen, Frhr. v. Mantuffel, Graf Pfeil, Frhr. v. Solmanach und von Wiedebach, für die Landgemeindefürsorge für die übrigen Provinzen eingetreten sind. Dieser Umschlag läßt sich nicht auf grundsätzliche, sondern nur auf taktische Erwägungen zurückführen. Um so mehr Grund für alle Freunde der Vorlage, auf der Hut zu sein.

— In einer der letzten Nummern des anarchistischen Blattes „Autonomie“ finden sich folgende Mittheilungen, die, wenn sie nicht auf verbreiteter Renommance beruhen, beweisen, daß der wider den Pöbel von Poiniski zu Koscielec verübte Mordanschlag ein anarchistisches Attentat gewesen ist:

„Schon vor mehreren Wochen wurde bekanntlich in Posen von vier Personen ein Attentat auf den Pfaffen von Poiniski zu Koscielec unternommen. Die Attentäter verlangten von ihm die Herausgabe seines Geldes; sie ließen ihm jedoch Zeit, um Hilfe zu suchen, weshalb der Plan mißglückte. Sie mußten fliehen und wurden verfolgt. Auf der Flucht tödteten sich drei derselben und der vierte wurde von den Verfolgern erschossen. Wir konnten zur Zeit nicht recht glauben, daß die betreffenden Anarchisten waren, obwohl man wissen wollte, daß nicht derselben einen sozialistischen Verein in Berlin angehört hatten, wozu dabei von „Karten eines Exekutiv-Komitees“ die Rede war. Ebenfalls wurden diese Karten hinzugegeben; denn daß die vier Personen wirklich Genossen waren, wird uns von einem vertrauenswürdigen Genossen aus Berlin bestätigt; dann haben sie aber auch nicht im Ausbruch einer Zerknirschung gehandelt. Die Namen der Männer sind: von Zuckowski, Blachowski, Orzeszkiewicz, Gustav Dräger. „Sie fielen“, schreibt unser Genosse, „weil sie Menschenleben schonen wollten; tödteten sie den Pfaffen, so konnte dieser nicht um Hilfe schreien. Sie schonten sein Leben, aber das ihre wurde nicht gespart. Wer im Kampfe fällt, sollte auch nicht reuevoll sein, wie diese Freunde gefallen sind. Zum Kriege gehört Geld und Geld wollen diese Freunde, um den Feldzug zu eröffnen. Zuckowski sagte einst in einer Versammlung: „An den Groschen, die wir den Arbeitern abnehmen, die in Folge dessen ihre eigene Noth und die der Ihren vergrößern, klebt mehr Blut als an Tausenden von Mark, die wir mit Gewalt den Parassiten der heutigen Gesellschaft abnehmen; dies sind uns gefällig gekostete Groschen, die wir das Recht haben, wieder zurückzunehmen.“ — Dies erklärt den ganzen Vorfall; möge sich ihn jeder Genosse als warnendes Beispiel dienen lassen, d. h. — keine Schonung!“

Gar so launisch sind die Raubmörder nicht gewesen, wie hier dargestellt wird. Sie wollten durchaus nicht Menschenleben schaden, sondern sie wollten möglichst viel Geld haben, und das konnten sie nur erlangen, wenn der von ihnen angegriffene Pfarrer ihnen sagte, wo sein Geld zu finden sei. Als dieser sich weigerte und nach Hilfe ansah, gingen sie gar nicht schonend um, sondern thaten, was sie konnten, um den von ihnen Angefallenen zu morden. Daß ihnen dies nicht vollständig geglückt ist, ist nicht ihr Verdienst.

— In Gegenwart der Kaiserin, der Prinzessin Friedrich Leopold und der Erbprinzeßin von Sachsen-Meiningen fand gestern Vormittag in der Singalarien eine Beisammelung der Damen der neugebildeten „Frauenhilfe des evangelischen Kirchlichen Hilfsvereins“ statt, die ungemein zahlreich von den Mitgliedern aller acht Bezirkskomitees besucht war. Im Gefolge der hohen Herrschaften erschienen Gräfin Brodowski, Gräfin Keller, Fräulein v. Gersdorff, Gräfin Schulenburg, Freiherz v. Mirbach, v. d. Rueschke und Freiherr v. d. Red, ferner Gräfin Bernstorff und Herr v. Trotha, sowie Herr und Frau v. Berger. Wir sahen ferner den Minister des königlichen Hauses v. Wedell, den Bürgermeister Zelle, den Reichsbankpräsidenten Koch und zahlreiche Geistliche. Der Kaiserin wurde bei ihrem Erscheinen von Frä. Richter ein Bouquet überreicht. Generalsuperintendent Brandt eröffnete als stellvertretender Vorsitzender des Berliner Lokalkomitees die Versammlung mit Worten des Dankes an die Kaiserin und mit einem Gebet. Probst Freiherr v. d. Goltz erstattete den Bericht über die bisherige Thätigkeit des Vereins und über die Aufgaben, welche die „Frauenhilfe“ lösen soll. Die erste dieser Aufgaben besteht in dem Sammeln von Geld zur Unterhaltung der acht Stationen, deren Zahl man demnächst auf zehn erhöhen will. Zum Schluss sprach Konfistorialrath Dr. Brandt über die Diakonissenfrage.

— S. M. Kreuzerforvette „Arkona“, Kommandant Korvetten-Kapitän Dräger, ist am 6. Juni cr. von Barbados nach La Guayra (Venezuela) in See gegangen.

— Die „Gazetta del popolo“ in Turin meldet, der Zeitpunkt des Besuchs Königs Humbert's in Berlin sei noch nicht festgelegt und hänge vom Verlaufe der parlamentarischen Ereignisse ab.

— Die Annahme, daß die Verlobung des Thronfolgers von Rumänien mit der Prinzessin Maria von Edinburgh lediglich aus Gründen der Staatsraison erfolgt sei, wird aus Ostpreußen als unzutreffend bezeichnet. Nachdem seiner Zeit die früheren Verlobungsprojekte des Prinzen, welche sich an den Namen Bacarescu knüpften, fallen gelassen waren, hatte Prinz Ferdinand sehr bald seine Frische und Heiterkeit wiedergefunden, und die jetzige Verlobung mit der lieblichen, erst sechzehnjährigen Prinzessin soll von beiden Seiten „aus wahrer Hergensneigung“ erfolgt sein, „wie sich dies durch das ganze Verhalten der beiden Verlobten während des Aufenthalts in Potsdam aufs klarste dokumentirt.“

Kiel, 7. Juni. Der Kaiser Wilhelm hat den Kaiser Alexander à la suite der deutschen Marine gestellt.

Der Kaiser von Rußland verließ dem Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. Marschall v. Bieberstein und dem Generaladjutanten Generalleutnant von Wittich den Weissen Altorfer, dem General der Kavallerie Graf von Waldersee den Alexander-Newski-Orden, dem Wl. G. Geheimen Rath von Lukanow den Annen-Orden erster Klasse mit Brillanten. Kaiser Wilhelm hat die Mitglieder der russischen Volkschaft, sowie die Begleitung des Kaisers Alexander gleichfalls durch Ordensverleihungen ausgezeichnet.

Köln, 7. Juni. (W. L. B.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Remagen, der durch die Teufelsaustreibung bekannte Vater Aurelian habe gegen die „Kölnische Zeitung“ Strafantrag wegen Nachdrucks gestellt.

Karlsruhe, 7. Juni. (W. L. B.) Der König von Schweden ist heute Mittag aus Paris in Baden-Baden eingetroffen. Die Kronprinzessin von Schweden war demselben bis Dos entgegengefahren, während der Großherzog den hohen Gast am Bahnhof in Baden-Baden erwartete. Im Schloß wurde der König von der Frau Großherzogin und dem Großherzogspaar begrüßt. Später nahmen die Herrschaften das Dejeuner gemeinschaftlich ein und reisten Nachmittags nach Karlsruhe, wo der König das Theater besuchen wird.

Die Ankunft des württembergischen Königs paares ist auf Donnerstag Vormittag 11 Uhr festgesetzt; die Rückreise erfolgt Abends 11 Uhr.

Oesterreich-Ungarn.

Nach nunmehr erfolgter amtlicher Feststellung aus Prag wird am 31. v. M. Nachmittags 807 Vergleiche in die Schächte eingefahren. Da sind 475 noch rechtzeitig ausgefahren, so daß 332 in den Gruben blieben. Bis gestern Vormittag 9 Uhr waren die Leichen von 304 Vergleichen herausgebracht. Derselben hinterlassen 222 Witwen und 692 Waisen unter vierzehn Jahren.

Wien, 7. Juni. Der von den Prager fortschrittlichen Studenten hierher einberufene slavische Studententag, der in geheim gehaltenem Lokale tagte, wurde von der Polizei ausfindig gemacht und aufgelöst.

Wien, 7. Juni. (W. L. B.) Auf dem Sozialistenkongress wurde eine Einigung aller Parteischattungen erzielt. Mehrere Redner der oppositionellen Gruppen erklärten, daß sie nur deshalb selbstständig vorgingen, weil die zentralistische Leitung jede Führerschaft verhorre. Schließlich wurden die Anträge, betreffend das gemeinsame Programm, die gegenwärtige Taktik und die Erklärung der sozialistischen Prinzipien genehmigt. Gleichzeitig wurde die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frauen in der Partei, die Forderung nach Beseitigung der indirekten Abgaben und Einführung einer progressiven Einkommensteuer beschlossen.

Wien, 7. Juni. (W. L. B.) Trotz des seit Mittag herrschenden Regens begann mit Ausbruch der Dunkelheit die prächtige Illumination der Hauptstadt. An der Hauptparade fand sich ein solches, die Krönung veranschaulichendes Transparent. Auf der dem Donauufer zugewendeten Front war außerdem ein riesiges Doppelkreuz angebracht, welches strahlend verläutete, daß der Kaiser an dieser Stelle vor 25 Jahren den Eid geleistet. Alle Stadttheile waren prachtvoll dekoriert und beleuchtet; auf den Schiffen wurden Feuerwerke abgebrannt. Auf den Bergen der Umgebung brannten weitläufig leuchtende Scheiterhaufen. Der Kaiser fuhr in Begleitung der Kaiserin, des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters im offenen Wagen um 9 Uhr nach der Feste Seite und durch einen großen Theil der Stadt. Auf dem ganzen Wege brachte die wogende Menschenmenge dem Monarchen die begeistertsten Ovationen dar. Auch in allen anderen Städten des Landes wurden heute Abend Illuminationen veranstaltet.

Wien, 7. Juni. (W. L. B.) Der Kaiser Franz Josef besuchte heute Nachmittags den erkrankten Minister für Landesverteidigung Freiherrn Fejervary.

Der Innenminister Szilagyi hat eine Urlaubreise nach dem Ausland angetreten.

Schweiz.

Der Nationalrath in Bern wählte zu seinem Präsidenten Brosi-Solothurn (radikal) und zum Vizepräsidenten Forrer-Winterthur (radikal). Der Ständerath wählte zum Präsidenten Schaller-Freiburg (ultramontan) und zum Vizepräsidenten Egli-Bern (radikal).

Belgien.

Brüssel, 7. Juni. (W. L. B.) Die belgische Gendarmerie verhaftete hierseits einen Polizeigenossen, der kürzlich mehrere Anarchisten zur Haft gebracht hat. Man glaubt, daß der Verhaftete ein Komplize der Anarchisten ist.

Frankreich.

Die Ansprache, welche der Bischof von Verdun in War le Duc an den Präsidenten Carnot gehalten hat, als dieser auf dem Wege nach Nancy war, ist bemerkenswerth und mag deshalb im Wortlaut wiedergegeben werden: „Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen meine ehrentätigsten Grüßungen darzubringen, zugleich diejenigen der Geistlichkeit meines ganzen Sprengels, insonderheit diejenigen meiner Priester von War le Duc, die ich Ihnen vor-

zustellen das Glück habe. Ich habe nicht gezögert, meine bischöfliche Residenz selbst an diesem hohen Feiertage zu verlassen, um Sie auf Ihrer Durchreise zu begrüßen und Ihnen die Gefühle auszudrücken, die uns befeelen.

Wir sind gute Franzosen, Herr Präsident, und lieben Frankreich leidenschaftlich. Wir ehren in Ihnen den ersten Bürger unseres Landes, der mit dem höchsten Amte ausgestattet ist und Anspruch auf die Achtung und den Gehorsam Aller hat. Offen, freimüthig, ohne Hintergedanken nehmen wir die Regierungsform an, deren Bewachung Ihnen obliegt und welche unser Land sich in freiem Entschluß gegeben hat. Ich bitte Sie, an meine unabdingte Aufrichtigkeit zu glauben. Unsere, wie ich meine: mißverständliche Haltung giebt zu Konflikten Veranlassung, welche Maßnahmen von bedauerlicher Strenge herbeiführt haben. Ich belege dies und wünsche von ganzem Herzen, daß die Meinungsverschiedenheiten verschwinden und eine friedliche Verständigung stattfinden möge.“

Daß der Großfürst Konstantin von Contre-ville nach Nancy gekommen ist und dort den Präsidenten Carnot besucht hat, ist von uns bereits gemeldet worden. Der Besuch war eine Improvisation, die von den Pariser Blättern mit Jubel begrüßt wird — ganz wie die Person des Großfürsten in Nancy — die aber anderwärts vielleicht eine sehr abweichende Beurteilung erhält. Vermuthlich sollte die Improvisation für das allmählich doch erwachte französische Mißtrauen ein ausgleichendes Gegenstück zum getragenen Besuch des Zaren in Kiel bilden. — Habeant sibi!

Paris, 7. Juni. (W. L. B.) Der Präsident Carnot ist heute früh in Lunville eingetroffen, empfing daselbst die Spitzen der Behörden und wohnte einem Vorbeimarsch der Truppen bei. Sodann setzte der Präsident die Weiterreise nach Toul fort.

Paris, 7. Juni. Vor dem Bahnhof erwarteten heute Abend einige tausend Menschen die Rückkehr Carnots aus Nancy. Die Manifestation der Menge bei der Ankunft des Präsidenten ließ indes jede Begeisterung vermissen; zwar wurde hier und da der Ruf „Vive Carnot“ laut, doch vernahm man auch vereinzelter Pfiffe, dessen Sinn allerdings ziemlich unverständlich bleibt.

Paris, 5. Juni. Saint Genest's nur zu seltene Artikel im „Figaro“ gehören zu dem Besten, was die politische Presse Frankreichs zeitigt. Er ist einer der wenigen, die sich ein objektives Urtheil bewahren und für den Gewinn des Radikalen nur ein mitleidiges Aufschreien haben. Am liebsten überlegte ich den ganzen Artikel, mich aber darauf beschränkte, ihm das Interessanteste zu entnehmen: „Morgen begiebt sich der Präsident Carnot nach Nancy zur Theilnahme an den Festen. Was die Radikalen da über befohlene und abbestellte Truppenalarme, über die Erniedrigung Frankreichs und der Regierung gesehelt haben, — läßt sich gar nicht wiedergeben. Das gallische Temperament zeigt sich da in volstem Glanz; denn man sucht ja unter dem Vorwande, die Würde des Landes zu retten, dies arme Land zu erniedrigen und vor Europa zu entehren.“ Und doch sei es gerade jetzt, wo Italien nicht mehr die Kräfte aufbringen könne, welche seine Dreihunderttausend erfordere, äußerst gefährlich, einen Vorwand zum Kriege zu geben, den Italien und vielleicht auch Deutschland wünsche (!). Saint-Genest bemerkt hieran: „Die, welche von einem ernstlichen Zwist zwischen dem König von Italien und seinem Volke reden, sind entweder Naive oder liebesschwärmerische Aufschneider. Das Volk ist unzufrieden, zuviel Steuern zu zahlen und zu sehen, daß es ihm nicht gegüllet ist, — das ist alles. Bei allen Italienern herrscht diese tiefe, feurige Gefühl vor, daß Frankreich zu Lande und zu Wasser jene Stellung inne hat, die der großen lateinischen Nation gebührt, und daß man uns von den Küsten des Mittelmeers vertreiben muß, wie einst die Sarazenen.“ Auf die Gefahr hin, gut patriotisch, empfindsame Leser zu verlegen, muß ich sogar wiederholen, daß der Unterschied zwischen Italien und Preußen darin besteht, daß man mit Preußen noch ein Mittel der Verständigung finden könnte, während es mit Italien keins giebt und nie geben wird.“ Mit Bismarck hätte man sich verständigen können, während man Italien zuvor die Alpen, Afrika und die Mittelmeer-Inseln und Küsten zurückgeben mußte.

Nach dieser Abschwärzung in die italienischen Verhältnisse kommt Saint-Genest auf das Nancy-Fest und die Radikalen zurück: „Da bezeichnen nun die braven Radikalen die Regierung des Verraths, des Sclavenfinns — um, wenn es zum Kampfe käme, nachher zu sagen, daß Carnot dafür persönlich verantwortlich sei. Ganz so, wie sie es 1870 gelegentlich der Hohenzollern-Kandidatur gemacht haben. Man braucht nämlich nur die Wähler jener Zeit wieder zu durchlaufen, um sich zu überzeugen, daß es dieselben Menschen sind, welche den Kaiser der Freiheit ziehen, weil er nicht schnell genug den Degen zog, und die ihn nachher anklagen, ganz allein diesen Krieg gewollt zu haben, nachdem er eingeleitet war.“ Und schließlich: „Seit zwanzig Jahren ist es in all den Fällen, wo es sich um Elaf-Votirungen handelte, niemals ein Feld von Reichthümern oder von Gravelotte gewesen, der lärmend Empirich erhoben hätte. Nein, fast immer war es ein Mann, der sich niemals geschlagen hat und nie einen Feind gesehen hat.“

Es giebt vielen Franzosen zu denken, daß Herr v. Freycinet den Präsidenten der Republik nicht nach Nancy begleitet hat, obgleich dort die Armee eine wichtige Rolle spielt. Nach den einen geschähe das wieder aus Rücksicht gegen Deutschland, nach den anderen, besser unterrichteten, weil Freycinet lieber in Satory (gelegenlich eines Schützenfestes) der erste sein will, als in Nancy der zweite. Man behauptet sogar, daß sich Freycinet mit Constans wieder verstanden habe und mit ihm gemeinschaftlich gegen das Elche intriguiere, um sich an Carnot's Stelle zu setzen. In der That genießt er an der Spitze einer Armee, wie sie Frankreich noch nie gekannt hat, eine Macht, die um so größer ist, als sie nicht wie in einer Monarchie durch den obersten Kriegsherrn abgeschwächt ist. Es kommt hinzu, daß Freycinet es mit dem ihm eigenen Geschick gelungen ist, alle Welt davon zu überzeugen, daß er unentbehrlich ist, und daß der französische Patriotismus mit verbundenen Augen alle Summen bewilligt, die Freycinet fordert und über die er wie ein Diktator verfügt.

Der außer Aktivität tretende Brigade-Kommandeur Tadien in Reunnes hat sich von seinen Truppen mit einem Tagesbefehl verabschiedet, worin folgende Sätze eingeschlossen sind: „Die Vergangenheit der nun verschwindenden Generation ist durch die Unglücksfälle von 1870 verblüffert. Das Vaterland erwartet von Euch die höchsten Anstrengungen, um unsere verloren gegangenen Provinzen zurückzuerlangen und den verdunkelten militärischen Ruf wieder aufzurufen.“ Der Kriegsminister hat vor der Armeekommission der Kammer seine beiden neuen Vorträge, betreffend Meeresdienst und Pensionen, vertreten und dabei bezüglich der ersteren sehr lebhaft Angriffe seitens der Monarchisten pariren müssen. Letztere warfen ihm vor, daß er die Güte der Truppen der Zahl opfere, und klagten, daß man in Frankreich mehr denn je der Illusion der großen Zahlen auf Kosten des realen Werthes hulbige. Freycinet suchte seine Haltung durch das angebliche Vorgehen anderer Mächte, der des Dreiebunds natürlich, zu rechtfertigen und behauptete, daß in Deutschland 12 Klassen, in Oesterreich 14, in Italien sogar 15 Jahrgänge zur Bildung der aktiven Armee herangezogen werden. Außerdem meinte er, die Vorlage könne im Auslande keinen Zweifel an den friedlichen Absichten Frankreichs erwecken, es werde ja die Anzahl der Soldaten nicht vergrößert, nur besser organisiert und vertheilt. Die Kommission nahm schließlich die Vorlage über die Meeresdienst und beauftragte den bekannten Chamille Dreyfus zum Berichterstatter.

Italien.

Der italienische Ministerpräsident Giolitti ist nicht auf Rosen gebettet. Er verlangte sechs Monatsraten provisorisch bewilligt; die Budgetkommission der Kammer hat ihm nur eine zugesprochen. Er wollte bis Ende Dezember freie Hand für die Ausgaben haben; die Kommission hat ihm nur den Monat Juli offen gelassen. Es fragt sich, ob die Kammer die Vorschläge ihrer Kommission gutheissen wird, doch sind die bereits festgestellten Symptome nicht von günstigen Vorzeichen für die Regierung. Die Deputirten, welche drei Kommissare für das Budget zu wählen hatten, haben drei verschiedene Gegner des Ministeriums gewählt, was nicht gerade auf wohlwollende Voreingenommenheit schließen läßt. Man darf daher annehmen, daß Giolitti auf ein feinfühliges Votum der Kammer stoßen wird. Für diesen Fall bieten sich ihm drei verschiedene Lösungen als möglich dar: Er könnte das Verdict der nationalen Vertretung annehmen und angesichts des ihm abgelehnten Votums die wenig nebensächliche Macht anderen Händen übertragen. Er könnte sich auch der Entziehung der Mehrheit anpassen, den Termin der allgemeinen Wahlen beschleunigen, im Laufe des Monats Juli Alles an Alles setzen und sich dem Gölte des Falls und dem Glücke der Schlachten anvertrauen. Endlich könnte er noch eine Art parlamentarischen Staatsstreiches versuchen und von der königlichen Prärogative die Vollmacht verlangen, die ihm das Votum der Kammer etwa verweigert. Die italienische Verfassung bestimmt, daß nach einer Auflösung die allgemeinen Wahlen innerhalb vier Monaten stattfinden müssen. Einige Offiziere schließen daraus, daß eine einseitige Entziehung des Parlaments die Krone nicht der Möglichkeit berauben darf, von dieser Frist vollen Gebrauch zu machen, und daß demgemäß der König das Recht habe, durch einfaches Dekret provisorische Budgetzwölfe bis auf Frist von vier Monaten anzumehmen. Man weiß, ohne daß es nöthig wäre, nicht darauf einzugehen, wie gefährlich es ist, auf dem Wege der Auslegung die königliche Prärogative in einem konstitutionellen Staate auszubehnen. In einem demokratischen Staate ist die Gefahr offenbar noch viel größer. Vielleicht hat König Humbert den Plan gefaßt, oder haben Räte ihm den Plan nahe gelegt, in ähnlicher Weise aufzutreten, wie es König Georg von Griechenland in der letzten Krisis gethan hat. Allerdings sind die Verhältnisse in Rom noch etwas anders als die in Athen waren. Die Lokalität gegenüber dem Hause Savoyen ist ein Eckstein der nationalen Einheit Italiens, aber gerade deswegen würden die wahren Patrioten und die besten Freunde Italiens nicht ohne Bedauern den Sohn Viktor Emanuel's sich auf ein Abenteuer einlassen sehen, das unter Umständen einen bedenklichen Ansehens hat. Ueberdies läßt man sich auf ein solches Spiel nicht ein, wenn man nicht alle Trümmer in der Hand hat, und Giolitti kann unter den gegenwärtigen Umständen sicherlich nicht als ein Haupttrumpf gelten. Im günstigsten Falle könnte er nur versprechen, zu Gunsten Crispias die Rolle zu spielen, welche in Athen Herr Konstantinopulos soeben zu Gunsten Trifunp's gespielt hat. Die Entschlüsselung König Humberts steht noch aus, und nichts drängt auf eine solche Entschlüsselung, so lange nicht die Kammer ihr letztes Wort gesprochen hat.

Die Deputirtenkammer nahm gestern den Gesetzentwurf betreffend die Unterstufung der Kommune Rom an. Die Beratung der Vorlage über das Budgetprovisorium wird heute beginnen: 24 Redner, darunter Vonghi und Sonnino, sind in die Rednerliste eingetragen.

Rom, 6. Juni. (W. L. B.) Fürst Balthasar Descahli erhielt am Sonntag einen Brief, unterzeichnet „die Todesgruppe der Dynamitarden“, in welchem derselbe aufgefordert wurde, eine Million Lire an einem bestimmten Orte zu hinterlegen. Die Polizei legte an dieser Stelle ein Paket nieder und nahm zwei mit Revolvern besetzte Individuen fest, welche sich an dem Bestimmungsorte einfanden. Die Verhafteten sind ihrem Verurtheil nach Anstreicher, stehen im Alter von 19 resp. 20 Jahren und sind wegen ihres Verhaltens bei dem Arbeiter-aufstand vom 8. Februar 1889 und bei dem Meeting am 1. Mai 1891 bereits verurtheilt. Sie bekennen sich als intransigente Anarchisten und erklärten, ihre Komplizen würden das Palais des Fürsten Descahli in die Luft sprengen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Juni. (W. L. B.) König Georg, Prinzessin Maria und Prinz Andreas von Griechenland sind Nachmittags 3½ Uhr an Bord des „Danerog“ nach Lübeck abgereist. Königin Olga und die übrigen Mitglieder der griechischen Königsfamilie verließen vorläufig auf Schloß Bernstorff. Die dänische Königsfamilie war bei der Abreise zugegen.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Juni. Der Parlamentsaus-

schuß zur Unterstufung der Arbeitszeit der Eisenbahnbedienten stellte gestern unter Vorsitz des Präsidenten des Handelsamtes, Sir M. Hicks Beach, seinen Bericht fest. Derselbe tritt der Festsetzung eines gesetzlich geregelten Arbeitstages für Eisenbahnbedienten als unausführbar entgegen, ist jedoch der Ansicht, daß die Eisenbahngesellschaften in der Beschränkung der Arbeitszeit ihrer Angestellten noch viel weiter gehen sollten, als sie es bisher gethan. Signalbeamte und Weichensteller an Punkten, wo großer Verkehr herrscht, sollten nicht länger als 10 Stunden pro Tag, die Zeit für Mägelkeiten nicht eingerechnet, zu arbeiten haben. Einzelne Ausnahmen werden angeführt. Für Maschinenführer, Heizer und Schaffner von Güterzügen wird eine 66 Stunden der Woche oder 12 Stunden täglich nicht überschreitende Arbeitszeit vorgeschlagen. Die Gesellschaften sollten angehalten werden, dem Handelsamt regelmäßige Berichte über die Arbeitszeit ihrer Bedienten einzureichen. Wenn ein solcher unbefriedigend ausfällt, solle das Handelsamt ermächtigt werden, die Gesellschaft zur Absehung der Arbeitszeit innerhalb bestimmter Frist aufzufordern, und bei weiterer Weigerung derselben die Sache vor die Eisenbahn-Kommission zu bringen, welchen das Recht zustünde, sollte die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Verpflichtung durch eine Konventionalstrafe von £ 1000 pro Tag zu verpflichten. Der Ausschuß spricht sich energisch gegen jede Verminderung der Verantwortlichkeit der Gesellschaften für die Verwaltung ihrer Bahnhöfe aus.

Gestern Abend wurde auf einer Versammlung des Exekutivkomitees des Londoner Gewerkrathes beschlossen, gemäß dem von Mr. Glasstone ausgesprochenen Wunsche am 16. d. M. eine Deputation an denselben abzuschicken und ihn von diesem Beschlusse zu unterrichten.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Der internationale Bergarbeiterkongress wurde heute hierseits eröffnet. Es sind etwa 150 Delegirte anwesend. Das Unterhausmitglied Burt begrüßte die Versammlung und sprach die Hoffnung aus, der Kongress werde durch einträchtige Thätigkeit zur Besserung der Lage der Bergarbeiter in der ganzen Welt beitragen. Der französische Delegirte Lamendin wurde zum Präsidenten des Kongresses gewählt.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Der internationale Bergarbeiterkongress nahm heute eine Resolution betreffs des Normalarbeitstages an.

Griechenland.

Die letzte griechische Ministerkrise hat ein interessantes Nachspiel gefunden in einem Militärprozeß, über welchen dem „E. T.“ Folgendes geschrieben wird:

„Ihre Leser erinnern sich wohl, daß bei den Volksaufständen, welche die Absetzung des griechischen Premierministers Delannais am 17. Februar d. J. in Athen hervorrief, ein höherer Offizier, Major Irimpritis, in Haft genommen worden war, weil er sich einem Vorgefetzten gegenüber, durch Parteilichkeit verleitet, ungebührlich benommen hatte. Nach den ersten Darstellungen der Zeitungen mußte sogar angenommen werden, daß in seinem Vorgehen etwas von dem aufrührerischen Geiste seines Parteichefs Delannais zum Ausdruck gekommen sei. Die Verhandlungen, die am vergangenen Dienstag und Mittwoch im Militärgerichtshof in Athen stattfanden, erregten natürlich ein außerordentliches Interesse. Der große Saal war bis auf letzte Plätze besetzt, obwohl die überzogene Dige ein längeres Verweilen auf einem zweifelhaften Vergnügen machte. Das Verhör der Zeugen, unter denen der wichtigste der jetzige Kriegsminister Oberst Mastrapas war, derselbe Vorgefetzte, gegen den der Angeklagte sich vergangen hatte, nahm den ganzen Dienstag in Anspruch. Die Anklage lautete dahin, daß Major Irimpritis gegen den Oberst Mastrapas die Worte gebraucht habe: „Was wollen Sie hier?“ und auf die in denselben Ausdrücken erfolgte Antwort seinen Säbel gezogen habe, um Oberst Mastrapas anzugreifen. Der Angeklagte behauptete, den Säbel schon weit früher gezogen zu haben, weil er laut einem ihm zugekommenen Befehle für die Herstellung der Ordnung auf dem Platz vor dem königlichen Schloße zu sorgen hatte. Die gegen Oberst Mastrapas gebrachten Ausdrücke stellte er nicht in Abrede; nur habe dieser ihn zuerst barsch angetrabet. Eine feindliche Bewegung gegen diesen habe er nicht gemacht, sein Pferd habe, in dem Geränge beunruhigt, ihn unwillkürlich gegen Mastrapas hingeworfen. Aus dem Zeugenerhör ließ sich nicht mit Sicherheit erweisen, ob die schwere Anklage gerechtfertigt sei; ferner stellte sich heraus, daß Oberst Mastrapas nicht im Dienste gewesen sei, als der Wortwechsel vorfiel. Demgemäß lautete der Spruch der Richter dahin, daß der Angeklagte wegen Beleidigung eines Vorgefetzten außer Dienstes zur milderen Strafe von sechsmonatlicher Haft verurtheilt werde, wobei die Zeit der Untersuchungshaft von zwei Monaten in Abrechnung komme. Der Verurtheilte legte keine Berufung ein. Nach Abkündigung seiner Strafe wird ein Schiedsgericht noch über sein weiteres Verbleiben in der Armee aburtheilen.“

Athen, 7. Juni. (W. L. B.) Der türkische Gesandte Ghali-Bay hat im Auftrage der Pforte die griechische Regierung ersucht, Maßnahmen gegen einige in Griechenland lebende Armenier zu treffen, welche Mitglieder einer anarchistischen armenischen Gesellschaft seien. Ueber die Antwort der griechischen Regierung verläutet noch nichts.

Afrika.

Ueber Deutsch-Afrika und Britisch-Afrika bringt das amtliche „Deutsche Kolonialblatt“ einige interessante Mittheilungen. Die Brutto-Einnahmen bei der Zollverwaltung für Deutsch-Afrika betrugen im Rechnungsjahr 1891—92 insgesamt 1,324,170 Mark, worunter die erst seit Oktober 1891 bez. Januar 1892 eingeführten Schiffahrtseinkünfte, Einkünfte aus Spirituosen und Verbrauchssteuern, die in Gesamt von Zollzuschlägen erhoben werden, rund 73,700 Mark ergeben haben, während auf die eigentlichen Zölle rund 1,250,000 Mark entfallen. Dervon erhält die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft bekanntlich nach dem Vertrage vom 20. November 1890 den festen Betrag von jährlich 600,000 Mark zur Verzinsung und Tilgung ihrer Anleihen; der Rest, 724,000 Mark, dient zur Bestreitung der staatlichen Verwaltungsausgaben. Die Brutto-Zolleinnahmen im Gebiet der Britisch-Afrikanischen Gesellschaft betrugen im
